

Johanna Rehse  
Spielbudenplatz 5b  
20359 Hamburg  
Fax: 05512829364 -9

Verwaltungsgericht Braunschweig  
Am Wendentor 7  
38100 Braunschweig  
Fax: 0531-4883001

Braunschweig, 08.03.2010

# Eilantrag

gegen die Stadt Braunschweig und den Bescheid vom 05.03.2010

## Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz

Johanna Rehse  
g e g e n  
Stadt Braunschweig

Hiermit beantrage ich

1. die Auflage 2 des Bescheides vom 05.03.2010 für nichtig zu erklären und damit den angemeldeten Weg der Demonstration zu ermöglichen
2. vorläufigen Rechtsschutz zu gewähren
3. die Kosten des Verfahrens der Stadt Braunschweig aufzuerlegen

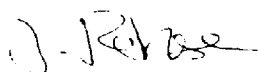
### Begründung:

In dem Schreiben der Stadt Braunschweig vom 05.03.2010 werden keine plausiblen Gründe genannt, weshalb die Demonstration nicht über das Gelände des vTi gehen dürfe, außer der, dass gegen mich und andere Personen anlässlich der Besetzung eines Versuchsfeldes auf dem o.g. Bundesgeländes im April 2009 wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ein Strafrechtliches Ermittlungsverfahren geführt und eingestellt wurde.

Es wurde nicht versucht Variationen in den Weg auf dem Gelände einzubauen, wenn es Befürchtungen gäbe, dass der Demonstrationszug an bestimmten Gebäuden oder die im Außenbereich installierten Messanlagen vorbeizöge.

In einem Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichts vom 04.03.2010 (AZ 5 A 75/09 ) heißt es unter Punkt 2, dass es eine Interessenabwägung geben müsse. In diesem Falle wurden weder die wirtschaftlichen Interessen weiter substantiiert, noch worin die betriebliche Störung bestände.

Johanna Rehse



### Anlage:

Schreiben der Stadt Braunschweig vom 05.03.2010